



7. April 2016

Pressekonferenz der ÖVP Linz

mit

Stadtparteiobmann Vbgm. Mag. Bernhard Baier

Stadtrat Kurt Hohensinner MBA, Graz

Klubobmann GR Mag. Martin Hajart

Gemeinderat Thomas Rajakovics, Graz

„Integration per Unterschrift“

Startschuss für Grazer Integrationserklärungen Mitte April

– steirische Landeshauptstadt als Vorbild für Linz

Rückfragekontakt:

Claudia Prietzel

Mobil: 0664/80 76 25 07

E-Mail: prietzel@oevp-linz.at

Integrationserklärungen nach Grazer Vorbild für Linz: Minister Kurz begrüßt Vorstoß von Vizebürgermeister Baier

Stadtparteiobmann und Vbgm. Bernhard Baier kann sich eine Umsetzung dieses Integrationskonzeptes mit klar definierten „Gesellschafts-Spielregeln“ nach steirischem Vorbild auch gut für Linz vorstellen. *„In punkto Integration ist Graz sicher ein Vorbild für uns.“* Details und mögliche Vorgehensweisen für ein künftiges Modell für Linz werde man beim heutigen Besuch der ÖVP-Kollegen genauer erörtern.

Schließlich wird die Integration dieser neuen Bevölkerungsgruppe als Mega-Aufgabe für die nächsten 10 Jahre zu sehen sein. Beinahe jeder 3. Linzer hat ausländische Wurzeln. Das besagen aktuelle Zahlen der Abteilung Statistik des Landes OÖ: Demnach leben 55.256 Menschen (Stand 2015) mit ausländischer Herkunft in der Landeshauptstadt. „Davon sind 18.156 Personen im Ausland geborene österreichische Staatsangehörige. Aktuell sind in Linz 2.652 Asylwerber untergebracht.“

*Im Mittelpunkt sollte dabei sowohl fördern als auch fordern stehen, betont **Baier**. „Uns geht es um klar definierte Gesellschafts-Spielregeln, die ein positives Zusammenleben der Linzer Bürger sichern, einen nachhaltigen Integrationsprozess mit aktiver Teilnahme, um eine bestmögliche Eingliedern von Menschen verschiedenster Herkunft in die Gesellschaft zu ermöglichen“, erklärt **Baier**.*

Auch **Minister Sebastian Kurz** hatte sich erst vor kurzem bei einem Treffen in Linz für die Einführung von Integrationserklärungen in der oberösterreichische Landeshauptstadt ausgesprochen. Schließlich

müsse man sich laut Kurz auf gemeinsame Grundwerte verständigen, um „die Herausforderungen der Zukunft auf Augenhöhe zu meistern“.

„Linz hinkt in Sachen Integration im bundesweiten Vergleich noch hinterher – was in Graz mit einem schwarzroten Schulterschluss möglich war, müsste doch auch in Linz umsetzbar sein“, so **Baier**. Jetzt gehe es um die politische Bereitschaft für ein friedliches Miteinander. Mit dem Know How aus der Steiermark wäre man jedenfalls schnell einen Schritt weiter.

„Uns geht es mit dem Einsatz dieses Integrationsinstruments um Bewusstseinsbildung.“ Erwartungen an Migranten, wie die Bereitschaft zur Arbeit und den Erwerb von Qualifikationen, insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, muss festgeschrieben sein. **Baier** sieht die Integrationserklärungen auch als Ausgangspunkt und eine wichtige Basis für ein von ihm angedachtes Coaching-Modell für Asylwerber.

Startschuss für Grazer Integrationserklärungen Mitte April:

Ab Mitte April werden die Integrationserklärungen in Graz aufliegen. *„Wir sind im Endspurt der Finalisierung, derzeit erfolgen noch die letzten Übersetzungen“*, erklärt **der für Integration zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner**. Alle Nicht-EU- bzw. Nicht-EWR-Bürger (Drittstaatsangehörige, Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte) mit künftigem Wohnsitz in Graz sollen laut schwarzrotem Gemeinderatsbeschluss in Zukunft Integrationserklärungen unterzeichnen. Die Unterschrift ist an die freiwilligen sozialen Unterstützungen der Stadt Graz wie etwa die Sozialcard mit vielen Begünstigungen, ähnlich dem Linzer Aktivpass, gekoppelt. *„Wird nicht unterzeichnet, erhalten Betroffene auch die zusätzlichen sozialen Hilfestellungen der Stadt nicht.“*

Die Unterschrift unter diese Integrationserklärung soll in Zukunft die Voraussetzung für freiwillige Unterstützungen (Sozialcard, Kinderbildung und -betreuung, Gemeindewohnung, Sport und Ferienkurse, Wirtschaftsförderung etc.) der Stadt Graz sein.

Übersetzung in zehn Sprachen

In insgesamt zehn Sprachen werden die Erklärungen dann den neuen Bewohnern mit ausländischen Wurzeln zur Verfügung stehen. Die Integrationserklärung werden in erster Linie bei allen Servicestellen der Stadt Graz aufliegen und bei der erstmaligen Meldung des Hauptwohnsitzes gemeinsam mit der Welcome Box mitgegeben.

„Des weiteren werden Sie bei allen jenen Stellen, wo eine Leistung an diese geknüpft ist, aufliegen, damit die Integrationserklärungen auch dort unkompliziert unterschrieben werden können“, erklärt **Hohensinner**. Etwa im Sozialamt für den Erhalt der Sozialcard.

Neben Deutsch wird die Integrationserklärung in folgenden Sprachen aufgelegt:

- Englisch
- Französisch
- BKS
- Türkisch
- Russisch
- **Arabisch**
- Farsi
- Dari
- Baschtu

„Im vergangenen Jahr haben wir aufgrund der veränderten Herausforderungen eine neue Integrationsstrategie für Graz entwickelt. Diese gibt uns klare Rahmenbedingungen vor, an denen wir unser Handeln ausrichten. Dazu gehört auch zuziehenden Menschen von vornherein klar aufzuzeigen, woran sie in unserem Land sind. Mit der Integrationserklärung zeigen wir klar auf, welche Werte für uns unverhandelbar sind und welche Anforderungen wir an Zuziehende stellen“, so **Stadtrat Hohensinner**.

Hintergrund: Warum braucht es Integrationserklärungen?

Menschen, die aus komplett anderen Gesellschaftssystemen kommen, werden kaum oder gar nicht mit den Grundprinzipien unseres Staates konfrontiert, vor allem dann nicht, wenn sie als Asylwerber einreisen. Das Sozialsystem Österreichs steht aufgrund der großen Flüchtlingszahlen derzeit und auch in der Zukunft vor besonderen Herausforderungen. Unsere Sozialsicherungssysteme sind ausgelegt als Hilfe zum Wiedereinstieg in ein selbstbestimmtes Arbeitsleben und bei zu geringem Einkommen zur Sicherung der

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durch entsprechende Förderungen.

„Uns Ziel ist ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Geschichte. Durch die Meldung Ihres Hauptwohnsitzes in der Stadt Graz werden sie Teil unserer Gemeinschaft. Die neuen Bürger mit migrantischen Wurzeln haben die Möglichkeit die Chancen, die unsere Gesellschaft bietet, zu nutzen. Im Gegenzug ist es Grundvoraussetzung, unsere Grundregeln zu achten und zu befolgen. Wir erwarten von ihnen die aktive Mitarbeit im Rahmen der Integration“, betont Hohensinner.

So heißt es in der Grazer Integrationserklärung etwa wörtlich: ***„Mit dieser Integrationserklärung möchte Sie die Stadt Graz über die wesentlichen Grundregeln des Zusammenlebens informieren. Weiters möchten wir Ihnen vermitteln, welche Integrationsmaßnahmen von Menschen in Österreich erwartet werden, um soziale Sicherheit und ein positives Zusammenleben zu sichern.“***

Integration als Zukunfts-Chance! Regeln und Werte einhalten – nur so kann positives Zusammenleben gelingen

Die Grazer Integrationserklärung beinhaltet Grundwerte und Regeln des österreichischen Staates. Zudem werden Migranten auf die wesentlichen Regeln des Zusammenlebens hingewiesen. Erläutert wird auch die generelle Funktionsweise der Gesellschaft.

In der künftigen Linzer Integrationserklärung soll wie auch in der Grazer Vorlage verankert sein, dass Österreich eine demokratische Republik und ein Rechtsstaat ist. Der Staat handle nach den demokratisch beschlossenen Gesetzen, unabhängig von Religionsbekenntnissen. Die österreichische Rechtsordnung verbietet

zudem jegliche körperliche und psychische Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Frauen. Jeder Mensch kann in Österreich das eigene Leben (Glauben, Tradition, Interessen, Sexualität) selbst gestalten. Er darf dabei aber nicht gegen die Gesetze verstoßen. Die Integrationserklärung soll des Weiteren beinhalten, dass Frauen und Männer in Österreich die gleichen Rechte haben und für Mädchen und Buben eine Kindergarten- und Unterrichtspflicht besteht. Erwartungen an Migranten wie die Bereitschaft zur Arbeit und den Erwerb von Qualifikationen, insbesondere das Erlernen der deutschen Sprache, muss festgeschrieben sein.

In der Grazer Integrationserklärung wird zudem darauf hingewiesen, dass ein Verstoß gegen die Gesetze der Republik Österreich rechtliche Sanktionen nach sich zieht. Einen weiteren Schwerpunkt bildet „Arbeit als ein wesentlicher Teil der österreichischen Gesellschaft“. So heißt es wörtlich: **„Die Wirtschaft und das Sozialsystem Österreichs sind langsam gewachsen. Dafür waren harte Arbeit und der Einsatz von vielen Generationen von Bürgerinnen und Bürgern notwendig. Alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, sowie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen in dieses Sozialsystem ein. Nur dadurch ist es möglich ein solches System zu gewährleisten, das den Schwächsten in unserer Gesellschaft Hilfe leistet und einen (Wieder)Einstieg in das Arbeitsleben ermöglicht.“**

Ein wichtiges Ziel der Integration sei, wirtschaftlich für sich selbst sorgen zu können und keine finanzielle Unterstützung vom Staat zu benötigen.